

Volksabstimmung vom 13. Februar 2011: Nein zur Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“

Scheinsicherheit mit Waffeninitiative

Am 13. Februar stimmen Volk und Stände darüber ab, ob Waffengewalt im Alltag von den Wehrpflichtigen verübt wird und sie darum eine dauernde Gefahr darstellen. Die Initiative zielt allein auf alle Armeeangehörigen. Sobald die Soldaten die Uniform ausziehen, soll Waffenbesitz verboten sein. Sie machen eine Ausbildung mit ihrer persönlichen Waffe mit der Erfüllung der Dienstpflicht. Es wird von jedem verlangt zur Sicherheit der Bevölkerung und des Landes beizutragen und im schlimmsten Fall sein Leben dafür zu opfern. Diese Dienstauglichkeit genügt den Initianten nicht, um allen eine Waffenlizenz auszustellen, die auch ohne Uniform Gültigkeit hat.

Diese unanständige Einstellung gegenüber den redlichen, wehrpflichtigen Bürgern, Schützen und Jäger verrät die Absichten der linken Kreise der Armeegegner und jener, die das Waffengesetz zu 100% demjenigen der EU anpassen wollen. Dafür ist ihnen jedes Mittel recht. Sie missbrauchen die Nöte der 1300 durch Suizide Verstorbenen, obwohl nur 20 davon mit Armeewaffen ausgeführt wurden. Sie verschweigen vorsätzlich, dass für Affekthandlungen Munition und Waffen greifbar sein müssen, was klar nicht zutrifft, wenn nur die persönliche Armeewaffe im Haus gelagert wird. Sie organisieren „Strohänner“ die ihre Funktionen missbrauchen durch Vortäuschung falscher Tatsachen wie Beispiele zeigen. Der Präsident des Polizisten-Verbandes (30'000 Mitglieder) spricht sich für die Initiative aus, obwohl durch Recherchen überprüft nur fünf Mitglieder seine Meinung teilen. Drei Offiziere (Anhänger einer Berufsarmee), machen eine Pressekonferenz, in deren Verlauf sie die Tauglichkeit der Milizarmee für „moderne Gefahren“ und den Nutzen der ausserdienstlichen Schiessübungen relativieren.

Die vielen Experten in Kriminalistik, Psychologie und Suizidprävention, wollen der Bevölkerung klar machen, dass gesunder Menschenverstand nicht ausreicht, um zu verstehen, dass bereits das Wegsperrern der Werkzeuge Suizide verhindert. Verbote seien die Problemlösung, nicht die Erlangung von Eigenverantwortung, ist die Schlussfolgerung ihrer Aussagen.

Irreführend und Etikettenschwindel.

Das 2008 verschärfte Waffengesetz und das Militärgesetz regeln die Sicherheit im Umgang mit Waffen. Jeder Kanton führt ein Register für den Erwerb von Feuerwaffen. Dienstpflichtige sind sowieso registriert. Der Datenaustausch im Bedarfsfall ist geregelt, eine Harmonisierung der Register geplant. Ein zentrales Register ist dafür unnötig. Jungschützen erhalten Leihgewehre nur ohne Verschluss und erst ab 18 Jahren. Dienstpflichtige müssen ihre Dienstwaffe nicht nach Hause nehmen. Nach Beendigung der Wehrpflicht darf die persönliche Waffe nur mit Waffenerwerbsschein behalten werden.

Gegen diejenige, die tatsächlich eine Gefahr darstellen, unternimmt die Initiative nichts. Kein Krimineller wird seine Waffe registrieren, mit denen um die 80% der Fälle begangen werden. Zwei Drittel davon werden von Ausländern und Schweizern mit Migrationshintergrund verübt.



27.01.2011

Den Angehörigen aller Balkanstaaten mit Türkei und Sri Lanka wäre Waffenbesitz verboten in der Schweiz. Die Fakten zeigen, sie halten sich nicht daran. Der Schweizer erhalte aber nachher nur mit Bedürfnisnachweis eine Waffe. Diejenigen, die sich das Recht selber nehmen, hätten somit das Monopol. Darum ist die Aussage auf den Plakaten „Waffenmonopol für Verbrecher“ nicht total daneben.

- Die Initiative zielt auf die Falschen und verhindert so weder Suizide noch häusliche Gewalt.
- Sie streut Misstrauen zwischen Bürger und Staat.
- Sie richtet sich gegen die Tradition des Breitensports der Schützen (ca. 250'000) und schadet somit der Armee und deren Sicherheitsauftrag.
- Sie verursacht Bürokratie, ökologischen Unsinn und hohe Kosten (10-12 Mio. Fr./Jahr) ohne zusätzliche Sicherheit.

Die SVP AI bittet Sie, Ihre Stimme abzugeben und empfiehlt Ihnen Nein zu sagen zur Waffeninitiative

Der Vorstand SVP AI